

Kongress 7. – 9. 10. 2005 in Wien  
**Grundeinkommen - In Freiheit tätig sein**  
**Zukunfts-Matinée „Eine Welt mit Grundeinkommen**  
**Klaudia Paiha**

### **Grundeinkommen: In Freiheit tätig sein?**

Ich habe ein Problem: Ich würde so gerne daran glauben, allein - ich kann nicht.

Keine Frage: Ein die individuellen Freiheitsgrade erweiterndes Grundeinkommen für alle wäre eine schöne Sache. Aber geht das?

*Ambivalente Überlegungen von Klaudia Paiha*

Ein Blick zurück in die Geschichte zeigt, daß seit der Industrialisierung die Idee eines Grundeinkommens in unregelmäßigen Abständen immer wieder auftaucht, mit besonderer Vehemenz in (wirtschaftlichen) Krisenzeiten. Interessanterweise war es immer besonders die liberal-konservative Seite, die diese Idee propagierte und zum Teil sogar umsetzte. So gab es bereits 1795 in England ein "Einkommen für Arme": Nach dem "Speenhamland-Gesetz" erhielt jeder Arbeiter, dessen Lohn ein bestimmtes Minimum unterschritt, einen staatlichen Zuschuß. 1834 wurde diese Regelung wegen der darin eingebauten Armutsfalle wieder aufgehoben: für die Industriellen gab es keine Notwendigkeit, die Löhne zu heben, für die ArbeiterInnen gab es keinen Anreiz, zu versuchen, ihr Einkommen zu vergrößern, solange es unter dem Minimum blieb.

Und damit sind wir auch schon mitten in der Problematik der Sache, die es uns - und gerade auch uns als alternativen GewerkschafterInnen - so schwer macht, uns zu positionieren.

### **Ruhigstellung einer "Reservearmee" ...**

Wenn gerade in Zeiten hoher Erwerbslosigkeit ein Grundeinkommen für alle diskutiert wird, so kann dies aus zweierlei Motivationen geschehen: einerseits in ernsthafter Sorge um die Existenzsicherung aller, andererseits aber als Ablenkungsmanöver von den wahren Ursachen der Lohnarbeitslosigkeit.

Eine hohe Erwerbslosigkeit hat für die Wirtschaft mehrere Vorteile:

- eine große Auswahl an potentiellen Arbeitskräften
- ein Druckmittel gegenüber den (noch) lohnabhängig Beschäftigten
- nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage die Möglichkeit, die Löhne niedrig zu halten.

Hohe Erwerbslosigkeit birgt aber auch die Gefahr, dass die um ihre Existenz bangenden Menschen "aufständisch" werden und - mehr oder weniger vehement - Arbeitsplätze einfordern. Ein Grundeinkommen könnte - frei nach dem Motto: "Gib, solange du dir noch aussuchen kannst, wieviel" - diese "Gefahr" bannen.

### **... oder Befreiung aus der Lohnsklaverei?**

Gleichzeitig wissen wir, daß unendlich viele sinnlose, sprich: zerstörerische Produkte erzeugt werden, von der Kosmetikindustrie bis hin zur Rüstung. Wir wissen auch, dass dies zumeist in hierarchischen Strukturen und zu unerfreulichen Arbeitsbedingungen passiert. Und wir wissen ebenfalls, daß die Beschäftigten praktisch keine Möglichkeit haben, darauf Einfluß zu nehmen. Die Demokratie endet vor den Betriebstoren.

Ein garantiertes, ausreichend hohes, emanzipatorisches Grundeinkommen würde zumindest jenen, die es sich leisten können, auf einen solchen Arbeitsplatz zu verzichten und jenen, die bereits jetzt - unter schwierigsten existenziellen Bedingungen - solche Arbeitsplätze verweigern eine finanzielle Absicherung bieten. Es würde uns dem Recht auf individuell akzeptable Arbeit vielleicht einen

Schritt näher bringen.

Allerdings müssen wir uns darüber im Klaren sein, daß in unserer Gesellschaft einen Arbeitsplatz zu haben weit mehr bedeutet, als regelmäßig Geld heimzubringen. Am Arbeitsplatz mißt sich der gesellschaftliche Stellenwert. In der Status-Hierarchieleiter nehmen jene, die keinen Arbeitsplatz vorzuweisen haben, die unterste Stufe ein. So manch eine/einer von uns mag darüber erhaben sein, doch erstens ist das nicht jederfraus/jedermanns Sache und zweitens haben die Status-Zuweisungen auch wieder Auswirkungen darauf, wie du beispielsweise auf der Bank, bei der Wohnungssuche, etc. behandelt wirst.

Dem Argument, mit dem Grundeinkommen würden bislang unbezahlte gesellschaftlich wichtige und sinnvollen Tätigkeiten abgegolten werden, kann ich nur bedingt etwas abgewinnen. Ein weiterer Bereich dieser Tätigkeiten, etwa im Sozial- und Gesundheitsbereich, ist – oder sollte zumindest sein - hochqualifizierte Arbeit, die gewisse Qualitätsstandards zu erfüllen hat und gehört sichtbar aufgewertet. Könnte ein Grundeinkommen das leisten? Anerkennung und Wertschätzung ist in unserer Gesellschaft immer noch mit einer gewissen Formalisierung und entsprechender monetärer Bewertung verbunden. Es bliebe nach wie vor die ungleiche Wertigkeit der Tätigkeiten. So würde beispielsweise die Herstellung von Waffen - weil Lohnarbeit - gesellschaftlich mehr Respekt erfahren als die Initiative, die sich mit der Entwicklung und Verbreitung von gewaltfreien Konfliktlösungsmodellen beschäftigt.

### **Rollenfalle für Frauen?**

Frauen werden aufgrund der Tatsache, daß es immer noch sie sind, die die Betreuungs- und Pflegearbeiten im Familienverband übernehmen (müssen) oder ihnen dieses von potentiellen Arbeitgebern zugeschrieben wird, am Arbeitsmarkt benachteiligt. Sie werden weniger gerne aufgenommen und sind dafür die ersten, die gehen müssen. Die Gefahr besteht, daß ein Grundeinkommen, das immerhin eine minimale Existenzsicherung bedeutet, diese Dynamik noch verstärken würde.

Doch was ist die Alternative? Die Rollenzuteilung passiert bereits. Schon jetzt haben knapp 40 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter keinen Arbeitsplatz, ihr mittleres Arbeitslosengeld und Notstandshilfe-Bezug liegen unter dem Existenzminimum, ganz zu schweigen von jenen Personen, die nie einen Anspruch erworben haben, weil sie gar keinen Zugang zum Arbeitsmarkt bekommen (Stichwort: Jugendarbeitslosigkeit) oder auf diesem nicht bestanden haben.

Es wäre zynisch, würden wir unsere Konzepte der Basisversorgung nur auf die abstellen, die in der Lage oder willens sind, sich auf diesem Arbeitsmarkt mit den bestehenden Rahmenbedingungen zu behaupten. Hier braucht es jedenfalls sinnvolle Lösungen, die nicht bei der reinen finanziellen Absicherung stehen bleiben, sondern auch die gesellschaftliche Inklusion sicher stellen.

### **Wer zahlt's?**

Eine der Schlüsselfragen ist jene nach der Finanzierung. Und zumindest aus österreichischer Perspektive hören sich spätestens hier die Träume vom Mini-Schlaraffenland und erhöhten Freiheitsgraden für alle auf. Leider. Ich wünschte, es wäre anders.

Wird ein Grundeinkommen in der Höhe von EUR 1000,- pro Erwachsenen, Kinder je EUR 200,- (bis 15 J.) bzw. 500,- (15 bis 20 )J. zugrunde gelegt, so liegt der Finanzierungsaufwand für das Grundeinkommen in Österreich bei ca. 102,7 Mrd. Euro/Jahr. Im Vergleich zum Finanzaufwand für derzeit in Geld ausbezahlte Sozialleistungen (2002: EUR 44,6 Mrd) wäre das mehr als eine Verdoppelung alleine für Geldtransferleistungen im Sozialbereich. Hinzu kommen in diesem Bereich noch Sachleistungen, z.B. Krankenhäuser, Kindergärten und sonstigen Betreuungseinrichtungen inklusive Personal, Pflegegeld, Medikamenten, Qualifizierungsangebote, etc., plus die gesamte öffentliche Infrastruktur für Bildung, Forschung, Kultur, Verkehr etc., die ebenfalls finanziert werden müssen. Grob gerechnet würde dies eine Erhöhung der Steuer- und

Abgabenquote von derzeit ca. 40 auf etwa 73 Prozent bedeuten - und das, ohne die derzeitige Mangelverwaltung zu beenden und einen Spielraum für qualitative Verbesserungen in auch nur einem der angesprochenen Bereiche zu erreichen.

Eine Beinahe-Verdoppelung von Abgaben bedeutet einen politischen Gewaltakt. Mit dem entsprechendem Willen auf allen Seiten, also bei den politischen EntscheidungsträgerInnen ebenso wie bei den Finanziers der ganzen Sache, den SteuerzahlerInnen, wäre so etwas natürlich möglich. Aber da stelle ich mir schon die Frage, ob wir mit diesem Willen zur Gesellschaftsänderung nicht gleich etwas g'scheiteres machen, sprich: den Kapitalismus überwinden! Die Marktwirtschaft ist eben nicht sozial ...

## **Was denn?**

Jetzt habe ich mich selbst in's Abseits manövriert. Was bleibt als Vision?

Es ist ja nicht das Grundeinkommen des Grundeinkommens wegen, was in diesem Kreis die Vision ist, sondern die (relative) Freiheit, die damit erreicht werden soll. Das Grundeinkommen ist lediglich das Mittel zum Zweck.

Daher stellt sich mir die Frage, gibt es andere Mittel zum selben Zweck, die uns mit weniger Kraftanstrengung – und vielleicht auch weniger unerwünschten 'Nebenwirkungen' – dem gemeinsamen Ziel näher bringen?

Für mich ist das alles, was uns – vorerst ohne Systemwechsel - dieser Gesellschaftsänderung näher bringt:

- dringend geboten ist eine emanzipatorische Grundsicherung, d.h. ein Rechtsanspruch auf eine ausreichend hohe, existenzsichernde, geschlechtergerecht wirkende materielle Absicherung in allen Lebenslagen,
- Anerkennung und Bereitstellung von Ressourcen für bislang gering geschätzte Arbeit im Sozial-, Gesundheits- und Kulturbereich.
- eine Demokratisierung der Arbeitswelt, mit der Verankerung individueller Rechte in der Arbeitsbeziehung, um zumindest ein Stück weit Selbstbestimmung in die Erwerbsarbeit zu bringen
  - ein festgesetzter Mindestlohn für Erwerbsarbeit, auch in den neuen Formen von ("atypischen") Beschäftigungsverhältnissen
  - eine radikale Arbeitszeitverkürzung mit Einkommensausgleich, um allen, die einen Arbeitsplatz wollen, einen bieten zu können, und gleichzeitig Raum für ein Leben neben der Erwerbsarbeit zu schaffen
  - aktive frauenspezifische Maßnahmen zur Überwindung der Vergeschlechtlichung der Lohnarbeit.